

Waterkantgate: „Pfeiffer als Punktsieger“

Stück für Stück hat der Kieler Waterkantgate-Ausschuß die Glaubwürdigkeit des einstigen CDU-Spitzenpolitikers Barschel demontiert. Selbst Parteifreunde vertrauen nicht mehr dem „Ehrenwort“, mit dem der Ex-

Ministerpräsident alle Vorwürfe seines einstigen Medienreferenten Pfeiffer zurückgewiesen hatte. Auch das Ehrenwort des Barschel-Freundes und Shampoo-Managers Ballhaus wird durch Zeugenaussagen erschüttert.

Ehrenwort: Die Verpfändung der Ehre zur Bekräftigung eines Versprechens.

Das Neue Fischer Lexikon, Band 3

Ehre und Spiegel werden schon von kleinem Hauch getrübt.

Spanisches Sprichwort

Nach seinem Rücktritt vom Amt des Kieler Ministerpräsidenten schien Uwe Barschel, 43, zunächst unschlüssig, wo er seinen einstigen Vertrauten Reiner Pfeiffer lieber sehen wollte: im Gefängnis oder im Irrenhaus.

Vorletzte Woche noch neigte der Ex-Ministerpräsident dem Knast zu. „Ich gebe nicht eher Ruhe“, kündigte Barschel an, „bis dieser Mann hinter Gittern sitzt.“

Anfang vergangener Woche besann sich der als Jurist und Politologe zweifach promovierte Christdemokrat, man müsse den früheren Medienreferenten „auf seinen Geisteszustand untersuchen“. Begründung: „Pfeiffer ist verrückt.“

Zum selben Urteil kam Barschels Anwalt Michael Kohlhaas, nebenher Mitglied des Ehrengerichtshofs für Rechtsanwälte. In einem Schriftsatz für das Landgericht Kiel behauptete der Ehrenexperte, die Vorwürfe gegen Barschel seien „ein einziges Lügenmärchen“, sie könnten nur „aus einem kranken Hirn“ stammen.

Mit „plumpen Erfindungen“, ließ der Ex-Regierungschef dem Gericht mitteilen, versuche ein moralisch verkommenes „Individuum“, einen „angesehenen Politiker in den Dreck zu ziehen“ – eben jenen renommierten Dr. Dr. Barschel, dessen „Persönlichkeitsbild“ seit „Jahrzehnten“ geprägt sei von „Lauterkeit und Integrität“.

Seit Mitte letzter Woche mögen nicht einmal mehr Barschels Parteifreunde im heimatlichen Kiel dem Eigenlob ihres langjährigen

Spitzenmannes Glauben schenken. Seine Erzählungen vom Schurken und vom Ehrenmann nimmt ihm keiner mehr ab.

„Bestürzt“ reagierte am Donnerstagmorgen der Abgeordnete Trutz Graf Kerssenbrock, 33, CDU-Obmann im gerade eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Kieler Landtages, auf neueste Erkenntnisse in Sachen Waterkantgate: „Deutliche Anzeichen“, urteilte der Graf, belegten, daß Barschels Aussagen in dessen „Ehrenwort“-Pressekonferenz vom 18. September in mehreren Punkten „nicht der Wahrheit entsprechen“.

So massiv waren die Zweifel an der Darstellung, die Barschel mit acht eidesstattlichen Versicherungen von sich sel-

ber sowie von Mitarbeitern und Angehörigen garniert hatte, daß die CDU-Fraktion den Ex-Ministerpräsidenten aufforderte, sofort aus dem Urlaub auf Gran Canaria zurückzukehren, und ihn für diese Woche vor den Untersuchungsausschuß zitierte. Mehr noch: Fraktionsvorsitzender Klaus Kribben und CDU-Landesvorsitzender Gerhard Stoltenberg legten ihm nahe, auf sein Abgeordnetenmandat zu verzichten; die sonst zahme Junge Union kündigte „Putz in der Bude“ an.

Die Absetzbewegung leitete die vielleicht letzte Runde in der Affäre um „the German Watergate“ (so der britische „Observer“) ein: Je mehr die Zweifel an der Versicherung des Christdemokraten zunahmen, alle Behauptungen Pfeiffers seien „erstunken und erlogen“, desto rascher wuchs letzte Woche die Glaubwürdigkeit des einstigen Medienreferenten, die zuvor im allgemeinen nicht besonders hoch taxiert worden war.

Als sich Pfeiffer beispielsweise im Sommer viermal „zum Bier“ mit dem Kieler SPD-Pressesprecher Klaus Nilius traf und Skandalöses aus der Regierungszentrale andeutete, mochte der Parteifunktionär nicht anbeißen: Er hielt Pfeiffer für einen „Agent provocateur“ und witterte eine „mögliche Falle“ – ebenso wie SPD-Landesvorsitzender Günther Jansen, der, wie er letzte Woche offenbarte, Pfeiffer im Beisein eines Anwalts am 7. September traf.

Ziemlich genau einen Monat später schien Pfeiffer auf einmal glaubwürdiger als Barschel. Die ARD-„Tagesthemen“ sahen „Reiner Pfeiffer als Punktsieger“, das ZDF befand, Barschels Ehrenwort sei „keinen Pfifferling wert“. In Kiel herrsche der Eindruck, meldete die Deutsche Presse-Agentur, nunmehr stürze zwar nicht das von Barschel so genannte „Kartenhaus der Lügen“ Pfeiffers ein, wohl aber das Kartenhaus des einstigen Mi-



Barschel mit eidesstattlicher Versicherung*
„Pfeiffer ist verrückt“

* Bei seiner „Ehrenwort“-Pressekonferenz am 18. September.

nisterpräsidenten – „Stockwerk für Stockwerk“, „krachend“.

Auf einmal schien auch Unionsfreunden das zuvor Undenkbare denkbar: daß ausgerechnet der so selbstsicher wirkende Barschel, der seinen Berater als gefängnisreif oder verrückt hingestellt hatte, selber ernstlich Ärger mit der Justiz bekommt oder psychisch lädiert ist.

„Muß Barschel ins Gefängnis?“ schlagzeitelte die „Hamburger Morgenpost“. Und der „Reutlinger General-Anzeiger“ fragte, ob Barschel sich bei seinem Flugzeugabsturz einen „ärztlich nicht festgestellten Defekt“ zugezogen habe, der „sein Persönlichkeitsbild derart veränderte, daß er ohne Skrupel sämtliche heiligen Eide schwört“.

Für die dramatische Wende hatte die Staatsanwaltschaft Lübeck gesorgt, als sie am Mittwoch beim Landtag die Aufhebung der parlamentarischen Immunität des Ex-Ministerpräsidenten beantragte: Nunmehr bestehe ein „Anfangsverdacht“, daß Barschel an jener Anzeige



Barschel-Sekretärin Brigitte Eichler*
Ins Unglück gestürzt?

Aufgrund der Ermittlungsergebnisse, folgte die Staatsanwaltschaft Lübeck, sei der Anfangsverdacht gegeben, daß Barschel „entgegen seiner Darstellung die Kopie auch erhalten hat“. Dafür spreche, erklärte einer der Ankläger, sogar eine „hohe Wahrscheinlichkeit“.

Daß gerade die Lübecker Staatsanwaltschaft, deren CDU-Nähe notorisch ist, sich genötigt sah, gegen Barschel vorzugehen, löste bei Unionsanhängern blankes Entsetzen aus. Barschel sei, kommentierte die konservative „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“), „der Lüge in Teilen seiner Aussagen praktisch überführt“. Im Landeshaus wünschte sich ein CDU-Politiker, der Ministerpräsident a. D. möge „gar nicht mehr nach Kiel zurückkehren, sondern sich gleich in die Karibik absetzen“.

Im Bonner CDU-Hauptquartier kam Panikstimmung auf, die Wut auf Barschel wuchs. Schon fürchteten Parteistrategen, die Kieler FDP könnte der Landes-CDU die Koalitionsfähigkeit absprechen und, wie auch immer kaschiert, die Seiten wechseln – die Folgen auch für Bonn, ahnte ein Spitzenmann im Konrad-Adenauer-Haus, wären „unabsehbar“.

Heraufgezogen war das Ungemach für die Union am Mittwochvormittag, in der ersten öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses. Stück für Stück bestätigten Zeugenaussagen Pfeiffers Selbstbezeichnungen, im Dienste Barschels gefälscht und intrigiert zu haben. Und mehr und mehr traten Ungereimtheiten zutage, die Barschels Version erschütterten, niemand in der Kieler Regierungszentrale, beileibe nicht er selber, habe von Pfeiffers Machenschaften gewußt.

Die „erste Bombe im Ausschuß“ (SPD-Obmann Gerd Börsen) ging hoch, als Finanzminister Roger Asmussen aussagte.

Der Christdemokrat enthüllte, der Regierungschef habe sich – entgegen dem von ihm bislang erweckten Eindruck – bereits Anfang Februar bei Finanz-Staatssekretär Carl-Hermann Schleifer telefonisch nach dem Ermittlungsstand der Finanzbehörden in Sachen Engholm „erkundigt“. Schleifer, der seltsamerweise unmittelbar vor seiner schon geplanten Aussage vor dem Untersuchungsausschuß in den Urlaub entschwand, hatte laut Asmussen dem Ministerpräsidenten den Eingang der anonymen Anzeige bestätigt und ihm mitgeteilt, eine interne Prüfung habe die Haltlosigkeit der Vorwürfe ergeben.

In seiner „Ehrenwort“-Aussage dagegen hatte Barschel, wie die „Welt“ resümierte, „den Eindruck erweckt, erst durch die SPIEGEL-Veröffentlichung vom 7. September“ von der anonymen Anzeige erfahren zu haben.

Schlimm für Barschel: Asmussens Aussage stützt einen zentralen Teil der Pfeifferschen Vorwürfe. Der Pressereferent hatte im SPIEGEL an Eides Statt



Barschel-Vertrauter Ahrendsen*: Anruf bei Pfeiffer?

mitgewirkt habe, mit der Pfeiffer unter dem Pseudonym „H. Sapiens“ den SPD-Spitzenkandidaten Björn Engholm, 47, fälschlich der Steuerhinterziehung beschuldigt hatte.

Den Ausschlag für den Antrag der Lübecker Staatsanwaltschaft hatten Funde beim Postamt Kiel 26, Schalter 1, und im Eingangsbuch des Barschel-Sekretariats gegeben. Den Ermittlungen zufolge waren am 22. Januar drei Einschreibebriefe in direkter Reihenfolge aufgegeben worden, wie die fortlaufenden Belegnummern 683, 684 und 685 zeigten: einer an Barschel, einer an die Steuerfahndung in Lübeck, ein dritter an Finanzminister Roger Asmussen. Und: Im

Eingangsbuch des Ministerpräsidenten ist am 26. Januar ein Einschreiben mit der Nummer 683 verzeichnet, bestätigt mit der Unterschrift von Barschels Sekretärin Brigitte Eichler.

Barschel hingegen hatte – ebenso wie sein Sekretariat – an Eides Statt jegliche Kenntnis von diesem Vorgang geleugnet:

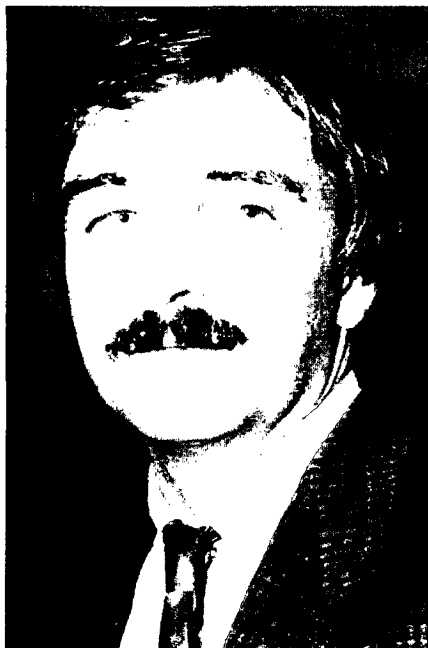
Die Behauptung Pfeiffers, eine Kopie der anonymen Anzeige gegen Herrn Engholm sei auch in meinem Büro eingegangen, ist unwahr. Ich habe eine solche Kopie bis zum 15. 9. 1987 nie erhalten oder gesehen. Meine Sekretärinnen, Frau Brigitte Eichler und Frau Ilona Oberstein, teilen mir auf Befragen mit, daß auch sie nie eine solche Kopie erhalten oder gesehen haben.

* Letzte Woche vor dem Untersuchungsausschuß.

erklärt, Barschel habe ihm etwa drei Wochen nach Eingang der Anzeige gegen Engholm bei den Steuerbehörden in einem persönlichen Gespräch mitgeteilt, die Überprüfung habe ergeben, daß Engholm „alle seine Steuern auf Heller und Pfennig bezahlt“ habe, „leider“.

Bestätigt wurde vor dem Ausschuß auch Pfeiffers Behauptung, die Angaben über Engholms Einkommen – Grundlage des anonymen Briefes – seien in der Staatskanzlei zusammengestellt worden: von einem Namensvetter des Finanzministers, dem Barschel-Referenten Claus Asmussen, 39.

Er habe den Eindruck gehabt, erklärte Asmussen, die von ihm präsentierte, 42 Seiten umfassende Auflistung aller Engholm-Bezüge in den Jahren 1983 bis 1987 habe entweder der Beantwortung einer Presseanfrage gedient – eine Version, die schon in Barschels Ehrenwort-Pressekonferenz Heiterkeit ausgelöst



CDU-Abgeordneter Graf Kerstenbrock
Bestürzt über Unwahrheiten

hatte – oder aber der Vorbereitung von „Wahlkampfausinandersetzungen“.

In Auftrag gegeben worden sei das Engholm-Dossier, so Referent Asmussen, vom damaligen Vize-Regierungssprecher und Barschel-Intimus Herwig Ahrendsen. Der frühere Handball-Nationalspieler will dazu durch eine Presseanfrage veranlaßt worden sein, an deren Details er sich allerdings, wie er aussagte, nicht erinnern könne.

Pfeiffer, der sich letzte Woche in seinem portugiesischen Urlaubsquartier über die Vorgänge in Kiel auf dem laufenden hielt, erinnert sich, er habe den Referenten Asmussen in seinem Dienstzimmer mit der Engholm-Recherche beauftragt und hinzugefügt, das sei eine „supervertrauliche Sache“ im Auftrag des Ministerpräsidenten. Anschlie-

ßend hätten Pfeiffer und Asmussen die Sache kurz mit Ahrendsen besprochen, der ebenfalls absolute Vertraulichkeit erbeten habe. Später will Pfeiffer dem Ministerpräsidenten die fertig formulierte Anzeige gezeigt haben.

Barschel, so Pfeiffer, habe vor allem über den letzten Absatz des anonymen Briefes ans Finanzamt „herzlich gelacht“: „Ich bitte um Verständnis dafür, wenn ich Ihnen gegenüber meine Identität nicht preisgeben möchte. Aber das Privatunternehmen, in dem ich arbeite, duldet keinerlei politisch geartete Aktivitäten seiner Mitarbeiter.“ Unterschrift: „Ein besorgter Steuerzahler.“

Pluspunkte für seine Darstellung wird Pfeiffer wahrscheinlich auch sammeln können, wenn der Untersuchungsausschuß demnächst die Ausspähung der Grünen behandelt, eine Operation, die im Frühjahr mit einem Anruf der Pfeiffer-Mitarbeiterin Jutta Schröder beim Grünen-Geschäftsführer Heino Schomaker begann. Die Sekretärin erbat die Namen der Grünen-Kandidaten für die bevorstehende Wahl. Schomaker erinnert sich noch an die Begründung: Die Regierung habe seit kurzem „stärkeres Interesse“ an den Grünen und wolle sich „stärker mit ihnen befassen“.

Mit der von Schomaker überlassenen Kandidatenliste startete Pfeiffer eine Aktion, die dem Grünen-Geschäftsführer heute als ein weiteres Glied in der langen „Kette von Sauereien“ erscheint, die ihren Ursprung in der Regierungskanzlei hatten.

Im März wurde Pfeiffer beim Verfassungsschutz und im Kieler Kriminalpolizeiamt, Dezernat 400, vorstellig, um Abträgliches über die Alternativen in Erfahrung zu bringen. Begrenzt erfolgreich waren seine Bemühungen bei den Staatsschützern: Amtschef Jürgen Witt benannte nach kurzem Blick auf Pfeiffers Liste „drei oder vier“ Kandidaten, die, so Pfeiffers Erinnerung, „in irgendwelchen kommunistischen Vereinigungen waren“.

Mehr allerdings erfuhr Pfeiffer bei den Staatsschützern nicht. Als Innen-Staatssekretär Knack von den Sondierungen erfuhr, habe der „die Aktion gestoppt“. Erfolglos blieben auch Pfeiffers Bemühungen, beim Chef des Kriminalpolizeiamtes, Hans Gersonde, die Vorstrafenregister der Spitzen-Grünen einzusehen.

Klären muß der Untersuchungsausschuß nun vor allem, ob Pfeiffers Be-



Ausschuß-Zeuge Claus Asmussen
Supervertrauliches auf 42 Blatt

hauptung zutrifft, der Ministerpräsident habe von der Grünen-Aktion gewußt. Der Medienreferent beteuert, er habe sich nach dem fehlgeschlagenen Kripo-Besuch bei Barschel schriftlich darüber beschwert, daß das Innenministerium „nicht fähig war, diese Unterlagen zu besorgen“; Barschel sei also Mitwisser.

Für diese Darstellung spricht einiges. Den Durchschlag eines entsprechenden Schreibens hat die Staatsanwaltschaft bei einer Wohnungsdurchsuchung in Pfeiffers Unterlagen gefunden und beschlagnahmt. Das Original will Pfeiffer-Sekretärin Jutta Schröder, wie sie bezeugt, eigenhändig ins Vorzimmer des Ministerpräsidenten getragen haben.

Barschel jedoch behauptet, „einen solchen Brief nie bekommen“ zu haben, und beruft sich abermals auf das Zeugnis seiner Sekretärin, die ihm auch schon in Sachen anonymen Brief mit einer eidesstattlichen Erklärung beigesprungen war. Im Untersuchungsausschuß kam letzte Woche bereits Mitleid mit der Angestellten auf. „Es sieht nämlich so aus“, zitierte die „Süddeutsche Zeitung“ ein Ausschußmitglied, „als habe da einer, um seine Haut zu retten, diese Frau ins Unglück gestürzt.“

Zweifel an Barschels Wahrheitsliebe nährte vor allem der zweite Sitzungstag des Kieler Untersuchungsausschusses, als Innenminister Karl Eduard Claussen, 57, aussagte.

Claussen erklärte, sein Staatssekretär Hans-Joachim Knack habe am 16. September – am Mittwoch nach der Landtagswahl, zwei Tage nach Erscheinen des SPIEGEL-Titels „Barschels schmutzige Tricks“ – „in der Staatskanzlei den MP“, also den Ministerpräsidenten, darüber unterrichtet, daß sich ein Anrufer „namens Pfeiffer“ im Kriminalpolizeiamt nach einer Wanze erkundigt habe.

Barschel selber hatte in seiner Ehrenwort-Rede, in der er angeblich alles auf



Ausschuß-Zeuge Roger Asmussen
Bombe gegen Barschel

den Tisch legen wollte, kein Wort über den Vorgang verloren. Auch sein Sprecher Gerd Behnke und dessen Vize Ahrendsen hatten wenig später nur vage eingeräumt, Barschel habe zwei Tage vor dieser Pressekonferenz „etwas“ gewußt.

Barschel verschwiegen den Vorgang offenbar, um nicht den Verdacht zu verstärken, er habe Pfeiffer – wie der versichert hatte – beauftragt, eine Wanze zu beschaffen, die, rechtzeitig vor der Wahl im Diensttelefon des Ministerpräsidenten installiert, den Sozialdemokraten hätte angelastet werden können.

In seiner eidesstattlichen Versicherung bestritt Barschel, am 8. September mit Pfeiffer wegen der Wanzenbeschaffung telefoniert zu haben; dies sei zeitlich oder auch technisch zu den von Pfeiffer genannten Terminen gar nicht möglich gewesen. Barschels Aufstellung war allerdings lückenhaft – zwischendurch hätte es allemal Gelegenheit für kurze Telefongespräche gegeben. Vergangenen Donnerstag kam heraus, daß der Kieler Ex-Regent auch hier nicht mit der ganzen Wahrheit herausgerückt war.

So vermittelt Barschels eidesstattliche Versicherung zum Beispiel den Eindruck, als sei er gegen 20 Uhr – dem Zeitpunkt des angeblichen dritten Telefonats – pausenlos von unverdächtigen Leuten umgeben gewesen, die zwangsläufig Zeugen eines Gesprächs mit Pfeiffer geworden wären:

Um 17 Uhr dieses Tages habe ich in Hamburg eine Telefon-Aktion für die Bildzeitung bestritten. Es schloß sich um

18 Uhr 30 ein längeres Hintergrundgespräch mit leitenden Bild-Redakteuren an. Dieses Gespräch hat nach meiner Erinnerung bis etwa 20 Uhr gedauert. Alle Teilnehmer können bestätigen, daß ich zu diesem Zeitpunkt kein Telefongespräch geführt habe. Von Hamburg fuhr ich nach Kiel, wo ich gegen 21 Uhr 30 in meiner Wohnung eintraf. Aus dem Dienstwagen habe ich ein einziges Gespräch geführt, nämlich mit meiner Frau.

Vor dem Untersuchungsausschuß allerdings sagte jetzt Barschels Fahrer Heinrich Scheller aus, sein Chef sei in Hamburg „einige Minuten“ mit seinem Intimus Ahrendsen allein im Wagen gewesen; Ahrendsen sagte dazu, er selber habe während dieser Zeit Pfeiffer vom Autotelephon aus privat angerufen.

Auch in einem anderen Punkt bröckelte die Position des Ex-Ministerpräsidenten: Laut Pfeiffer sollte die von ihm zu beschaffende Wanze in Barschels Diensttelefon eingebaut und bei einer von Barschel für den 9. September veranlaßten technischen Kontrolle entdeckt werden. Dazu hatte Barschel in seiner eidesstattlichen Versicherung erklärt:

Nach Wiederaufnahme der Amtsgeschäfte (am 10. August; *d. Red.*) nach dem Flugzeugunglück stellte ich mehrfach fest, daß mein Telefon nicht einwandfrei funktionierte. Deshalb bat ich meine Sekretärin, die Anlage überprüfen zu lassen. Sie hatte dies in Auftrag gegeben. Der Zeitpunkt der Überprüfung war mir nicht bekannt.

Demgegenüber erklärte Erich Hill vom Landesbauamt Kiel 1 nun vor dem Untersuchungsausschuß, er sei am 8. September für den darauffolgenden Tag zur Telefonkontrolle bestellt worden. Als er um 9 Uhr das Büro betreten habe, sei Barschel schon da gewesen; der MP habe keineswegs überrascht reagiert.

Kritisch befragen muß der Untersuchungsausschuß den Ex-Ministerpräsidenten am Mittwoch dieser Woche auch zu dem Vorwurf, er persönlich habe die Bespitzelung seines Gegenspielers Engholm veranlaßt. Die Observeurung des Sozialdemokraten, soviel haben die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft bereits ergeben, war noch umfassender, als Pfeiffer sie bislang dargestellt hat.

Der Detektei-Besitzer Harry Piel aus Stubben bei Bremen habe, eröffnete Pfeiffer letzten Monat dem SPIEGEL, „zwei Detektive“ angeheuert, um Engholms Liebesleben auszuforschen. Der Regierungsreferent, der Piel im Janu-

ar den Auftrag übermittelt hatte, wußte damals nicht, was die mittlerweile von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Honorarlisten der Detektei belegen: Im Einsatz gegen Engholm waren noch mindestens zwei weitere Schnüffler.

Einer dieser Detektive, Hermann Dierken, 32, aus Ganderkesee bei Bremen, berichtete letzte Woche dem SPIEGEL über bislang unbekannte Details des Engholm-Einsatzes. Eingewiesen worden sei er am 27. Januar, einem Dienstag, kurz vor neun Uhr, im Zimmer 104 des Kieler Landeshauses von Pfeiffer persönlich.

Der Barschel-Mitarbeiter zeigte dem Detektiv einige Engholm-Photos und äußerte laut Dierken, er wolle über den SPD-Kandidaten „alles wissen, jede Stunde, jede Minute, alles, was er macht“. Beabsichtigt sei, Engholm irgendeinen Fehltritt nachzuweisen, der sich im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf ausschlagen lasse.

Zwei Tage lang, der Landtag hielt gerade Plenarsitzungen ab, trieb sich Dierken im Kieler Landeshaus herum, saß mal auf der Presstribüne, Engholm fest im Blick, oder telefonierte aus Pfeiffers Nebenzimmer mit Detektei-Chef Piel. Zwischendurch hielt er per Funksprechgerät mit einem Kompagnon Kontakt, der draußen in seinem Auto auf Einsatzbefehle wartete: Bernd Jabben, 27, ebenfalls freiberuflicher Detektiv in Piel's Diensten, wohnhaft in Bülkau bei Cuxhaven.

Während Jabben im Freien fror, mußte sich Dierken drinnen „den ganzen Tag das trostlose Palaver anhören“, dabei aber journalistisches Interesse heucheln, weil er, von Pfeiffer als „Praktikant einer



Portugal-Urlauber Pfeiffer: „Herzlich gelacht“

Bremer Zeitung“ im Kieler Landeshaus eingeführt, den „Kollegen“ sonst aufgefallen wäre. Dierken: „Ich mußte ja etwas tun, damit die nicht fragen, ob ich mich da vielleicht bloß aufwärmen will.“

Wenn Engholm den Plenarsaal verließ, folgte ihm Dierken auf dem Fuß. Pfeiffer habe ihn instruiert, berichtet er, daß es auch im Landeshaus Gelegenheit für Schäferstündchen gebe: „Sie wissen ja, wie Politiker sind“, habe ihm der Medienreferent erklärt, „die können mal eben für zwei Stunden verschwinden, wenn da gerade nichts Relevantes geschieht.“ Doch wenn Engholm die Tür seines Dienstzimmers hinter sich schloß, war Dierken wieder außen vor.

Gemeinsam mit Pfeiffer sann der Detektiv darüber nach, „wie man an den Engholm rankommen kann“. Pfeiffer gab ihm einen Tip: Der SPD-Fraktionsvorsitzende habe einen Mitarbeiter, der sei „mal Pfarrer gewesen oder habe Theologie studiert“ und lebe „alleinstehend“. Dieser Umstand sei womöglich ein Anhaltspunkt für eine homosexuelle Beziehung.

In Pfeiffers Beisein und unter einem Vorwand rief Dierken den Mann an: „Ich habe mich unter fremdem Namen vorgestellt und gefragt, ob er mir was sagen könne über innerparteiliche Differenzen bei der CDU. Ich sollte sagen, ich sei ein Genosse vom Umland und hätte was Wichtiges zu übergeben, ob wir uns nicht mal treffen könnten.“ Dierken: „Das kam alles von Herrn Pfeiffer.“

Pfeiffer, vom SPIEGEL in seinem Urlaubsdomizil zu Dierkens Darstellung befragt, erinnerte sich vorige Woche genau an den Vorgang und, anhand eines nach Portugal gefunkten Dierken-Photos, auch an den Detektiv. Pfeiffer: „Dierken hat dem Engholm-Mitarbeiter ein Dossier über Barschel angeboten. Auf diese Weise hat er dessen Adresse herausbekommen und ihn später in Flintbek beschattet.“

In Flintbek, erzählte Dierken dem SPIEGEL, „haben wir die ganze Gegend abguckelt, ob irgendwo Engholms BMW steht oder ob er mit seinem Chauffeur irgendwo hinfährt, aber da war ja nichts“. Auch zu Engholm selbst suchte Dierken auf Pfeiffers Vorschlag Kontakt.

Der Detektiv rief eine Engholm-Sekretärin an, gab sich als „Mitarbeiter von Radio Bremen“ aus und bat um einen Interview-Termin. Doch



Engholm-Beschatter Dierken
„Das können Sie abhaken“

die Vorzimmerdame wollte, „daß ich die Fragen vorher schriftlich einreichen solle“. Dierken wand sich heraus – nicht weil er um Fragen verlegen gewesen wäre („Pfeiffer sagte, die kriegen wir immer zusammen“), sondern weil er sie, der Eile wegen, per Telex schicken sollte – da wäre der Schwindel aufgefliegen.

Brisant ist die Dierken-Behauptung, während des damaligen Kontakts mit Pfeiffer sei auch erörtert worden, in Engholms Dienstzimmer einzubrechen und dort ein Abhörgerät zu installieren. Dierken erinnert sich, Pfeiffer habe ihn damals bereits gefragt, „ob man irgendwas mit einer Abhöranlage machen kann, ob ich so was besitze und bekommen könnte“. Dierken will Pfeiffer darauf hingewiesen haben, „daß das straf-

rechtlich verboten ist“. Und überhaupt sei es fraglich, ob er in Engholms Büro eindringen könne.

Pfeiffer habe ihm daraufhin vorgeschlagen, er könne sich doch „abends der Putzkolonne anschließen“, aber Dierken, sagt er, habe eingewandt, Engholm schließe „geheime Dokumente sicherlich im Stahlschrank“ ein: „Was soll ich dann da machen?“

In Sachen Einbruch gehen Dierkens und Pfeiffers Einlassungen auseinander. Dierken, sagt der ehemalige Medienreferent, habe von sich aus „angeboten, in Engholms Zimmer einzubrechen“.

Ergebnislos blieb die fünf Tage dauernde Observation der Privatwohnung Engholms in Lübeck. „Ein paar mal“, schildert Dierken die triste Warterei, „sind Autos vorgefahren, aber im Dunkeln konnte man nie richtig was wahrnehmen.“ Zunächst hielt Dierken den auf Erfolgsmeldungen drängenden Pfeiffer hin: „Wir müssen Geduld haben.“ Dann versuchte er, seinem Auftraggeber die fixe Idee von Engholms ausschweifendem Lebenswandel auszureden: „Herr Pfeiffer, das können Sie abhaken, da ist nichts.“

Am Montag der darauffolgenden Woche, es war der 2. Februar, brach Piel das Unternehmen ab und beorderte Dierken und Jabben zurück. Dierken stellte Piel für 112 Stunden Arbeit 2193,22 Mark in Rechnung, will davon aber bislang nur 800 Mark Vorschuß erhalten haben.

Mit Piel habe er sich noch einmal getroffen, „um den Observationsbericht, Rechnungen usw. zu übergeben“. Dabei sei Piel „ganz stinkig geworden“, habe gesagt, „das sei Scheiße gewesen, was wir gemacht haben, war nix und nix erreicht“. Beim Treffen habe Piel auch geschimpft, daß ihm „durch unsere Dusseligkeit ein Auftrag über 50 000 Mark durch die Lappen gegangen“ sei.

Wer das Geld im Erfolgsfall aufbringen wollte, habe Piel ihm nicht erzählt, berichtet Dierken. Die Summe deckt sich mit dem Betrag, den Pfeiffer mit Piel ausgehandelt haben will und den nach Pfeiffers Darstellung der „Schwarzkopf“-Manager, Hamburger Arbeitgeberpräsident und Barschel-Freund Karl Josef Ballhaus, 59, bezahlen wollte.

Getarnt werden sollte der Engholm-Auftrag, hatte Pfeiffer dem SPIEGEL an Eides Statt versichert, auf Wunsch von Ballhaus als Sicherheits-



Beschatteter Engholm: „Da ist nichts“

* Mit dem SSW-Abgeordneten Karl-Otto Meyer.

überprüfung des Schwarzkopf-Firmengeländes. Zu diesem und keinem anderen Zweck, teilte Ballhaus letzten Monat mit, sei Piel von Schwarzkopf mit einem 50 000-Mark-Auftrag versehen worden; 15 000 Mark habe die Detektei erhalten. Mit einem „Ehrenwort“ hatte Ballhaus – zwei Wochen vor Barschels Ehrenwort – dem SPIEGEL gegenüber seine Beteuerung bekräftigt, von einer Engholm-Bespitzelung wisse er nichts.

Auch dieses Ehrenwort gerät nun mehr und mehr ins Zwielicht. Die ermittelnden Staatsanwälte erfuhren von Detektei-Chef Piel, ihm sei der Schwarzkopf-Auftrag nicht etwa von der Firma Schwarzkopf übermittelt worden, sondern, zugleich mit dem Auftrag zur Engholm-Beschattung, bei einem Gespräch am 24. Januar mit dem Regierungsreferenten Pfeiffer.

Am 10. Februar wurde Piel's Konto eine 14 250-Mark-Überweisung der Firma Schwarzkopf gutgeschrieben – obwohl der Detektiv den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zufolge in Sachen Firmengelände-Überprüfung kaum tätig geworden sein konnte.

Erst nachdem der SPIEGEL Anfang September erste Recherchen in Sachen Engholm-Beschattung angestellt hatte, kam es, wie Piel seinen Vernehmern offenbarte, zu einem Telefonkontakt mit Ballhaus: Der Barschel-Freund habe ihn gebeten, der Presse gegenüber zu erklären, daß er nicht mit der Observation Engholms beauftragt worden sei, sondern mit der Erstellung einer Sicherheitsanalyse für Schwarzkopf.

Ballhaus, dazu befragt, tischte seinen Vernehmern eine tolle Geschichte auf: Ein anonymes Anrufer habe von dem Unternehmen im Januar 50 000 Mark, davon ein Viertel anzahlbar, für Informationen über „das Dioxan-Problem“ verlangt; der Firma war im Herbst vom TV-Magazin „Monitor“ vorgeworfen worden, in einem ihrer Shampoos sei diese krebserzeugende Substanz enthalten. Gegen Rechnung habe das Unternehmen dem Unbekannten die gewünschte Anzahlung überwiesen, die versprochenen Dioxan-Informationen seien aber nie eingetroffen; Schwarzkopf habe das Geld schließlich abgeschrieben.

Was an dieser sonderbaren Darstellung wahr und was lediglich Schutzbe-



Freunde Barschel, Ballhaus*: Zwischenfall im Séparée

hauptung ist, werden Gerichte zu beurteilen haben. Falls Pfeiffers Vorwürfe zutreffen, überlegten letzte Woche Kieler Christdemokraten, stelle sich die Frage, was um alles in der Welt Barschel und Ballhaus dazu bewogen habe, partout Engholms Liebesleben auskundschaften zu lassen, ohne den geringsten Anhaltspunkt für konkrete Verfehlungen zu haben.

Barschel-Anhänger streuen eine verblüffende Version: Der Ministerpräsident habe, wenn überhaupt, Material gegen Engholm keineswegs sammeln lassen, um es auch wirklich im Wahlkampf zu verwenden. Barschel könne am Besitz von Intim-Informationen über Engholm allenfalls aus einem ganz anderen Grund interessiert gewesen sein: um die SPD und Engholm daran zu hindern, ihrerseits derartige Angriffe gegen Barschel zu führen.

Dutzende von Zeugen und anderen Mitwissern haben Kenntnis von einem eher harmlosen, wenngleich delikaten Zwischenfall, in den im Frühjahr 1986 Barschel und Ballhaus verwickelt waren. Gerüchte darüber kursieren, in Bonn wie in Kiel, seit langem unter Mitgliedern aller Parteien.

Der Vorfall trug sich zu im rustikal ausgestatteten Bierkeller des Schwarzkopf-Herrenhauses Steinhorst, als wieder mal ein feuchtfröhlicher Grillabend stattfand. Anlaß: eines von vielen Fachseminaren, zu denen der Kosmetikkonzern jeweils etwa zwei Dutzend Friseuren und ein paar Friseure einlädt.

* Im Mai 1983 bei der Taufe des jüngsten Barschel-Kindes, dessen Pate Ballhaus ist.

Wie häufig an solchen Abenden tafelten in einem separaten Nebengemach die Jagdfreunde Barschel und Ballhaus. Wieder einmal ergab es sich, daß zu fortgeschrittener Stunde Seminarteilnehmerinnen „auf ein Gläschen Wein“ an den Tisch des Schloßherrn und des Ministerpräsidenten gebeten wurden.

Es wäre wohl beim weinseligen Plausch unter anderem mit „Fräulein Birgit“ aus einem rheinischen Friseursalon geblieben, wenn die Herren es nicht vorgezogen hätten, hinter verschlossener Tür zu feiern und den Zugang auch noch von einem Bodyguard bewachen zu lassen.

Dieser Umstand löste eine Kette von Geschehnissen aus, die allen Teilnehmern lebhaft als die Steinhorster „Unruhen“ (so ein Schwarzkopf-Gebietsverkaufsleiter) in Erinnerung sind.

Ein alkoholisierte Friseurmeister, der vorzeitig zu Bett gegangen war, kehrte nach zwei Stunden zurück in den Bierkeller, vermißte Freundin Birgit und wurde augenzwinkernd aufgeklärt: „Die ist nebenan“ – mit dem „hohen Besuch“. Als der eifersüchtige Friseur das Séparée betreten wollte, sprang der Leibwächter auf und herrschte den Coiffeur an: „Sie können hier nicht rein.“

Die Seminaristinnen erinnern sich an ein Handgemenge zwischen dem Friseur, der Grundkenntnisse in Judo besitzt, und dem kräftigen Schutzmann, der sich nicht zur Seite drängen ließ. „Du Westentaschen-Fuzzi“, hörten Zuschauerinnen den Angetrunkenen rufen, „ich hau dir eins auf die Fresse.“ Und dann, ganz laut: „Der Barschel soll die Finger von

Der geschmeidige Nothelfer

SPIEGEL-Reporter Hans-Joachim Noack über den CDU-Spitzenkandidaten Klaus Kribben

Klaus Kribben, der von der CDU designierte Anwärter auf das Amt des schleswig-holsteinischen Regierungschefs, ist ein selbstbewußter Mann. So unverkennbar die Christenunion am letzten Donnerstag im Lichte der jüngsten Enthüllungen in der Affäre Barschel zu ächzen beginnt, so äußerlich stoisch und unangefochten („Ich habe starke Nerven“) präsentiert sich im Kieler „Landeshaus“ deren einstweilen noch verbliebener Hoffnungsträger.

Während im Parterre der Untersuchungsausschuß tagt – in jenem Saal, in dem der nun aufsehenerregend entlarvte Ministerpräsident sein fast schon legendäres Ehrenwort gab –, erprobt sich der Möchtegern-Nachfolger zwei Stockwerke darüber in seiner Lieblingsrolle. Inszeniert wird von ihm des Politkrimis neueste Fortsetzung, die den Titel „Der Herr der Lage“ tragen könnte.

Kribben, 49, ein in Köln geborener Volkswirt und Jurist, der wie ein Urbild schleswig-holsteinischer Bodenständigkeit wirkt, glaubt sich diese Darstellung schuldig zu sein. Wo alles in Panik gerät, sitzt der Fraktionschef mit locker gefalteten Händen im Flausch seines mächtigen Ledersofas und bescheinigt sich „eine durchaus ausgeglichene Gemütsverfassung“.

Bestürzt? Nein, bestürzt ist er nicht, allenfalls „ein wenig verunsichert“ von einer Entwicklung, die „auch für mich einige Überraschungen gebracht hat“.

Einem langen, himmelwärts gerichteten Blick folgt der obligate Hinweis auf den Grundsatz der Unschuldsvermutung. Als unschuldig zu gelten, bevor er überführt worden sei – das, nicht wahr, dürfe der Kollege Barschel wohl immer noch für sich in Anspruch nehmen.

Doch dann, abrupt und ohne jegliches Bedauern, wird die leicht gespenstische Besänftigungsshow mit einer energischen Handbewegung weggewischt. Hoch reckt sich Kribbens Körper, und aus der Deckung tritt ein Politiker, dessen Machtanspruch in der Stunde der sich anbahnenden Entscheidung beißen den Klartext produziert.

Sollten sich die Anwürfe gegen den Parteifreund auch nur teilweise bewahrheiten, sagt der Christdemokrat nun mit mahelndem Unterkiefer, werde er „der erste sein, der die härtesten Konsequenzen fordert“.

Wie zielstrebig der in Wentorf bei Hamburg lebende und mit einer Ärztin kinderlos verheiratete Tatmensch dieses Geschäft besorgt, ergibt sich aus der Arbeit des Untersuchungsausschusses. Nach nur zwei Verhandlungsrunden

hat der schon mehr ans Licht gebracht, als ihm anfangs überhaupt zugetraut worden war. Keiner fragt da bislang härter als der junge, agile CDU-Obmann Trutz Graf Kerksenbrock. Und Kribben beeilt sich zu kommentieren, daß er selber seine Leute dazu „voll ermutigt“ habe.

Kein Zweifel, Uwe Barschel muß weg – muß nun auch als Abgeordneter den Weg frei machen für einen generellen Neubeginn. Klaus Kribben sagt das zwar noch nicht so, aber seine eiskalte Umschreibung stößt mit Unerbittlichkeit zum Kernpunkt vor. „Für den hypotheti-

Doch das sind Pläne – wer weiß –, die schon alsbald wieder Makulatur sein könnten. Was geschieht, wenn ein total verbiesterter Barschel darauf beharrt, sich an seinem Mandat festzukrallen? Ungeachtet der von Kribben betriebenen Optimismushuberei, räumt der Krisenmanager ein, daß nun eine Situation entstanden ist, „die wir von Tag zu Tag neu bewerten müssen“.

Daß er am 22. Oktober nicht gewinnen wird, scheint ihm dabei längst gewiß zu sein. „Realistischer ist“, sagt der Kandidat mit etwas zerquältem Lächeln, „das Patt“ – ein Ergebnis, das er freilich,



Ministerpräsidenten-Kandidat Kribben, Ehefrau Helge*: „Ich habe starke Nerven“

schen Fall eines Mandatswechsels“, heißt die Chiffre, sei „das alles in kürzester Zeit auch technisch machbar“.

Vorbereitet ist, daß der Ballast binnen eines Tages über Bord gekippt und durch den entsprechenden Nachrücker mehr Verlässlichkeit hergestellt wird. Spätestens bis zum 22. Oktober, dem ersten Wahlgang gegen Björn Engholm, möchte der Kandidat Gewißheit darüber haben, daß er zumindest seiner Christenfraktion vertrauen kann.

Denn natürlich hat der ausgefuchste Taktiker erkannt, wie auffällig der präsumtive Koalitionspartner FDP den Ex-Regierungschef als latentes Sicherheitsrisiko anprangert. Den Liberalen, so sein Kalkül, dürfe erst gar nicht die Chance gegeben werden, ein womöglich in ihren eigenen Reihen befindliches „U-Boot“ im nachhinein der Union anzulasten.

wenn es denn sein muß, in einer ganzen Reihe von Wahlgängen über sich „ergehen lassen will“.

Der Oberleutnant der Reserve nämlich wäre nicht das, als das er sich selber empfindet – ein Kämpfer –, wenn er jetzt noch auf das verzichtete, was ihm eine glückliche Fügung so sehr nahe gebracht hat. Wer immer ihn als Zählkandidaten bezeichnet, wird mit cooler Zurückweisung abgestraft. Klaus Kribben, der noch zäh an seinem „Privatberuf“ als Geschäftsführer des Verbandes der Südostholsteinischen Wirtschaft klebt, sieht sich schlichtweg als „der Mann des personellen Neuanfangs“.

Soll heißen, was auch passiert, er ist der Dreh- und Angelpunkt. Gesetzt den Fall, die schwer gebeutelte Union werde

* Vor ihrem Haus in Wentorf.

bis auf weiteres ihr Heil in einer geschäftsführenden Regierung des Ministers Schwarz suchen, hält sich der Fraktionsvorsitzende für den Regisseur im Hintergrund. „Glasklar gesagt“, sagt er kantig, „daß da nichts geschehen wird, was nicht zuvor mit mir und meinem Koalitionspartner, Herrn Zumpfort, abgesprochen ist.“

Ich, Kribben, und mein Kompagnon – und wenn die Welt darüber fast zusammenfällt. Jenseits aller aktuellen Wirren hat sich hier zwischen dem deutlich rechtsgewirkten Christdemokraten und seinem liberalen Pendant – dem Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Westküste – eine beinahe schon atemberaubende Männerfreundschaft herausgebildet. Unterschiedliche Partei-identität ist da kaum mehr auszumachen. Unisono vertritt dieses Lobbyistenduo seinen Herrschaftsanspruch.

Ein bißchen störend wirkt da tatsächlich, daß der Aufsteiger Klaus Kribben für den Fall von Neuwahlen erst noch von seinem Parteitag bestätigt werden muß. „Theoretisch ist das natürlich so“, entfährt es ihm nuschelnd, aber was bedeutet das schon.

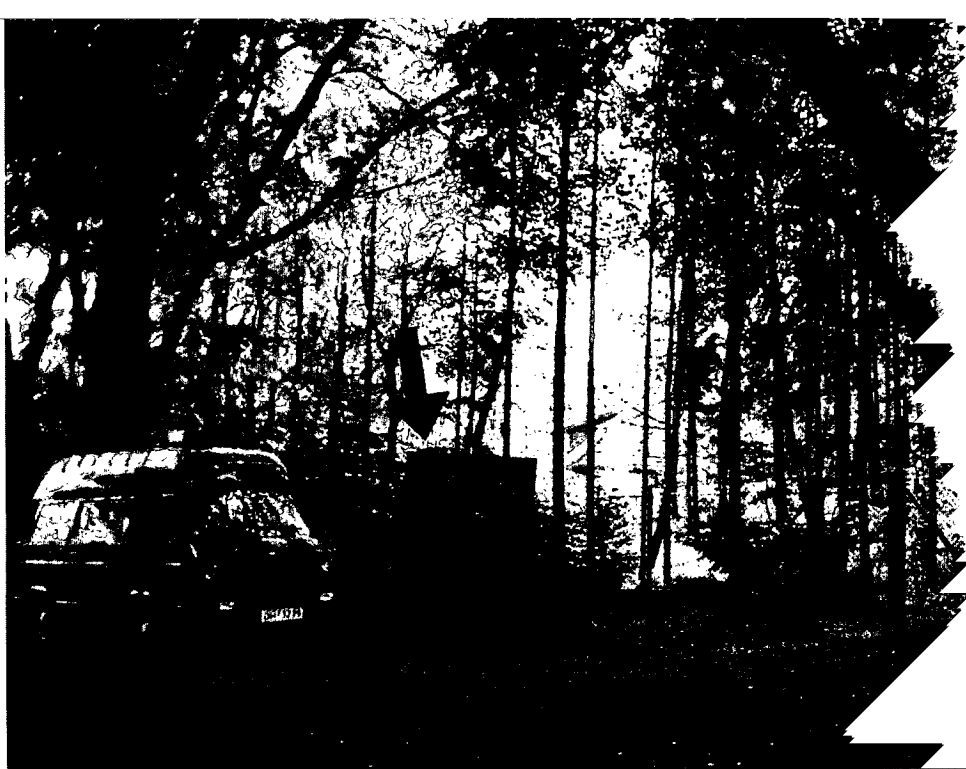
Sosehr auch der Katholik im evangelischen Norden bisher den Eindruck eines lautlosen, geschmeidigen Nothelfers verbreitet hat, bezeichnet er selber als seinen größten Fehler die Ungeduld. Eine Problemkonstellation auszusitzen ist nicht seine Stärke – ein mögliches, über die gesamte Legislaturperiode andauerndes Provisorium widerspricht seinem Naturell; das will „die politische Lösung“.

Klaus Kribben schwebt dabei „ein klarer Koalitionswahlkampf“ vor. Motto: Ich und Zumpfort – was er gleichsetzt mit einem soliden Schleswig-Holstein – gegen die Umsturzkräfte von Rot und Grün. Er gebe „gerne zu“, sagt er konziliant, daß sich „das Rot-Grün-Argument ein wenig abgenutzt“ habe, dennoch treffe es wie eh und je die Wirklichkeit.

Denn was ist schon geschehen, so fragt sich der Unions-Spitzenmann in spe, das es ratsam erscheinen lassen könnte, einen bewährten Kurs zu korrigieren. Also gut: „Die politische Kultur im Lande hat Schaden genommen.“ Die CDU habe zum Beispiel „den Fehler gemacht, jenen berühmt-berüchtigten Artikel über den Kindersex zu verfassen – das war völlig überflüssig“.

Aber sonst? Sonst nichts. Zu keiner Stunde hat diesen unempfindlichen Beobachter der turbulenten schleswig-holsteinischen Szene je ein ihn erschreckender Gedanke überfallen. Politik als das sprichwörtlich schmutzige Geschäft? Nein, so sieht er das nicht.

„Politik“, lehrt Klaus Kribben, „ist ein diffiziles Geschäft.“ Eine Sache, die er nun um so stärker „mit Lust“ betreibt.



Polizei-Container (Pfeil) vor dem Barschel-Haus: „Kilian“ für „Iltis 40“

meiner Freundin lassen, der soll sich seine Weiber woanders suchen.“

Ob der Ministerpräsident wirklich befürchten mußte, daß die Geschichten aus der Tiefe des Herrenhauses – Figaro hier, Figaro da – ihre Runde machten und eines Tages auf SPD-Flugblättern auftauchen würden, ist fraglich; die Kieeler Sozialdemokraten jedenfalls haben sich solcher Wahlkampfmunition noch nie bedient. Denkbar ist aber, daß der Vorfall in Steinhorst gleichwohl den Wunsch gedeihen ließ, vorsichtshalber zu Kompensationszwecken Material gegen Engholm zu sammeln.

Eher als die Frage, ob Barschel selber den Detektiv-Einsatz gegen Engholm angeordnet hat, wird sich womöglich klären lassen, unter welchen Umständen sich der Ministerpräsident und sein Medienexperte am 1. Mai dieses Jahres in Barschels Möllner Privathaus getroffen haben – ein Termin, zu dem es grundverschiedene Versionen gibt.

Der Ministerpräsident, bemüht, die Bedeutung des Besuchs herunterzuspielen, dementierte in seiner eidesstattlichen Erklärung listig einen Sachverhalt, den Pfeiffer gar nicht behauptet hatte. Im SPIEGEL-Titel 38/1987 war der Vorgang in folgendem Absatz geschildert worden:

Pfeiffer verfaßte für Barschel unter anderem einen „35-Punkte-Katalog“ mit Public-Relations-Tips („Mehr Hände schütteln, mehr lächeln“), kümmerte sich um die CDU-Wahlkampfzeitung und erörterte, wie er erzählt, „zum Teil mehrmals wöchentlich“ mit Barschel Strategiefragen, so am 1. Mai etwa acht Stunden lang im Möllner Privatdomizil des Ministerpräsidenten.

Jurist Barschel verknüpfte in seiner eidesstattlichen Erklärung mit advokatorischer Schläue zwei ersichtlich nicht zusammengehörige Details, indem er formulierte:

Die Behauptung Pfeiffers, er hätte am 1. Mai 1987 acht Stunden lang in meinem Möllner Haus mit mir über einen 35-Punkte-Katalog mit Public-Relations-Tips gesprochen, ist unwahr. Ich kenne diesen Katalog nicht, noch habe ich mit Pfeiffer über ihn gesprochen.

Über den Anlaß der Unterredung gaben die Gesprächspartner völlig unterschiedliche Darstellungen. Pfeiffer sagt, Barschel habe ihn an jenem Feiertag eingeladen, „um mit mir über den Wahlkampf zu sprechen“. Barschel hingegen erklärte, Pfeiffer habe ihn um „ein persönliches Gespräch“ gebeten, „da er private Sorgen habe“, vor allem sei er „sehr dringenden Zahlungsverpflichtungen ausgesetzt“. Dazu Pfeiffer: „Quatsch, ich hab' keine finanziellen Sorgen.“

Hätte Pfeiffer tatsächlich nur um einen „Gehaltsvorschuß“ (Barschel) gebeten, wäre es wenig glaubhaft, daß darüber ein Acht-Stunden-Gespräch geführt worden sein sollte. Aber gerade in der Frage, wie lange die Zusammenkunft gedauert hat, verhedderte sich Barschel von Anfang an in Widersprüche.

Zunächst – am Tag vor der Landtagswahl, als die SPIEGEL-Enthüllung bekannt geworden war – hatte Barschel vor Journalisten auf drängende Nachfrage beteuert, Pfeiffer sei nur „eine halbe Stunde“ bei ihm gewesen. Immerhin: Man habe zusammen „Abendbrot gegessen“, anschließend „sind wir in meinem Garten spazierengegangen“ – da kam schon Skepsis auf, wie das alles in einer halben Stunde zu bewältigen sein sollte.

In eidesstattlichen Versicherungen dehnten Barschel und Ehefrau Freya denn auch die Besuchsdauer auf „höchstens eineinhalb Stunden“ aus. Barschel präzisierete:

Um 18.30 Uhr traf Pfeiffer ein. Da wir gerade zu Abend aßen, baten wir ihn dazu.



Christdemokraten Schwarz, Stoltenberg: „Möglichkeit der Patronage“

Anschließend ging ich mit Pfeiffer im Garten spazieren.

Ganz anders hat Pfeiffer den Tag in Erinnerung, dessen Ablauf er mit zahlreichen Details belegt. Danach will Pfeiffer gegen 14 Uhr in Mölln eingetroffen sein. Unbehelligt sei er mit seinem ikonengelben Mercedes bis zu dem schweren Gittertor gefahren, das die Zufahrt zu Barschels Anwesen versperrt. Er habe geklingelt, worauf der Hausmeister den Türöffner betätigt habe. Erst jetzt seien zwei Polizisten aus ihrem Wachhäuschen, einem grünen Container, gekommen.

Der Hausmeister habe Pfeiffer gebeten, seinen Wagen nicht vor dem Hundezwinger abzustellen, und den Besucher beim Ministerpräsidenten angemeldet. Barschel habe sich wenig später, „bekleidet mit einer hellen Windjacke“, zu ihm ins Auto gesetzt, weshalb sich Pfeiffer in seinem Nadelstreifenanzug „overdressed“ vorkam. Den weiteren Verlauf schildert Pfeiffer so:

In meinem Auto sind wir beide dann das kurze Stück zum See – ich glaube Schmalsee heißt der – gefahren. Dort haben wir einen langen Spaziergang rund um den See gemacht, etliche Leute getroffen, die den Ministerpräsidenten grüßten. Wir sind auch noch einen Hang raufgeklettert. Von dort zeigte mir Dr. Barschel eine Ferien-Siedlung aus Blockhäusern, für die er die Baugenehmigung durchgesetzt hat, sagte er.

Zu Fuß, so Pfeiffer weiter, hätten sie in einem Waldstück am See nach einer günstigen Stelle gesucht, wo auf Barschels Vorschlag kurz vor dem Wahltag eine Schein-Entführung des Ministerpräsidenten habe inszeniert werden sollen (SPIEGEL 41/1987): Barschel, der morgens gelegentlich in dem See schwimme und abends schon mal unbewacht um das kleine Gewässer spazierte, solle, so der Plan, von Pfeiffer überfallen, mit Äther betäubt und mit Handschellen um einen Baum gefesselt werden.

Ein Schild oder Aufkleber hätte den Eindruck eines terroristischen Anschlags erwecken oder den Verdacht auf die Grünen lenken sollen. Das Vorhaben sei dann aber nicht weiter verfolgt worden, weil Pfeiffer „um den 12. Mai herum“ wegen einer Leistenbruch-Operation ins Krankenhaus ging und Barschel am 31. Mai mit dem Flugzeug abstürzte.

Nach dem Spaziergang am See sei man mit dem Auto zurückgekehrt, und „gegen 18 Uhr“ habe Frau Barschel zum Abendbrot geladen, mit „köstlichem Katschinken“ und „zu warmem Weißherbst“, wie sich Pfeiffer erinnert. Anschließend hätten es sich die Herren in einer bequemen Ledergarnitur gemütlich gemacht, die Entführungsgeschichte weitergesponnen, aber auch über das Kieler Kabinett und andere Polit-Themen gesprochen. Erst gegen 22.30 Uhr will Pfeiffer aufgebrochen sein.

Bezeugen könnte diese Darstellung womöglich Barschels Hausmeister, aber der hat sich nicht an Eides Statt geäußert.

Aufschluß könnten wohl auch die Aufzeichnungen im Wachbuch der Sicherheitsbeamten vor Barschels Privathaus geben. Doch trotz Barschels Versprechen, alle Dienststellen würden „offen und umfangreich Auskünfte“ auf Journalisten-Fragen geben, verweigerte der kommissarische Regierungssprecher Klaus Seelig dem SPIEGEL am Donnerstag letzter Woche die erbetene Einsicht in das Wachbuch: Informationsbegehren der Presse, erläuterte Seelig, seien „nur sehr restriktiv“ zu befolgen, „solange der Untersuchungsausschuß tagt“.

Das Wachbuch war allerdings ohnehin am 25. September aus dem Verkehr gezogen worden. Um 12.35 Uhr, eine halbe Stunde vor Barschels Rücktrittserklärung, hatte „Kilian“, die dem Innenministerium direkt unterstellte Funkleit-

stelle des Schutzpolizeiamtes in Kiel, über Funkkanal 442 die Autobahnpolizei in Fuhlenhagen bei Mölln (Kodewort: „Nordland 9“) angewiesen, von der Objektschutzwache Barschel (interne Bezeichnung: „Iltis 40“) alle Dienstbücher abzuholen, zu versiegeln und zur Autobahnpolizei Bad Oldesloe („Nordland 6“) zu bringen.

Von dort sollten die Bücher zu „Kilian“ nach Kiel geschafft werden. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft Einsicht genommen, das Buch liegt nach Angaben der Regierungspressestelle zur Zeit unversiegelt bei der Kieler Polizei.

Da „Iltis 40“ alles notiert, was sich rund um Barschels Anwesen abspielt und, über die Leitstelle Ratzeburg, mittels Autokennzeichen die Fahrzeughalter dort auftauchender Wagen abfragt, müßte im Wachbuch auch Pfeiffers Aufenthalt präzise festgehalten sein.

Ob die schwarzdurchwirkte schleswig-holsteinische Justiz wirklich allen Spuren nachgeht, auch solchen, die Barschel belasten könnten, schien einen Monat lang höchst fraglich. Immer wieder hatte die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) Anlaß, „politische Rücksichtnahme“ der Strafverfolger zu argwöhnen.

Benachteiligt von der Landes-Justiz fühlte sich Sozialdemokrat Engholm, der wegen der anonymen Briefe und des Detektiv-Einsatzes schon vor der Wahl Anzeige gegen Unbekannt erstattet hatte, aber wochenlang von Ermittlungen in dieser Richtung nichts wahrnahm. Auf die Journalisten-Frage, ob er sich von den Ermittlern schlecht behandelt fühle, antwortete Engholm bitter: „Ich fühle mich überhaupt nicht behandelt.“

Als „unerhörten Vorgang“ bewertete ASJ-Landesvorsitzender Wolfgang Nešković, was sich letzte Woche im Untersuchungsausschuß herausgestellt hat: Während die Justiz den Anwälten Pfeiffers und Engholms Akteneinsicht verweigert-



Christdemokrat Claussen
„Berichte über Wanzen“

te, überließ sie Barschel vor der Zeugenvernehmung 22 Kopien aus ihren Akten, darunter den Wortlaut der anonymen Steueranzeige gegen Engholm.

Damit aber habe die Staatsanwaltschaft, so Nešković, Barschel den Vorteil verschafft, seine politische Verteidigung in der „Ehrenwort“-Pressekonferenz in aller Ruhe vorbereiten zu können. Denn unabdingbare Voraussetzung für die Erklärungen des damaligen Regierungschefs sei die genaue Kenntnis der Vorwürfe Pfeiffers gewesen.

Wenn die Anklagebehörde Barschel auf diese Weise „politische Schützenhilfe“ leiste, sei das, meint Nešković, mit der gesetzlich festgelegten Objektivitätsverpflichtung unvereinbar. Aber auch aus ermittlungstechnischen Gründen sei die Überlassung von Unterlagen vor der Zeugenvernehmung „ungewöhnlich“: Juristischer Praxis entspreche es, Zeugen vorhalte erst während der Vernehmung zu machen und dem Zeugen nicht schon vorher Erkenntnisse zu übermitteln, damit er seine Aussage, „noch dazu mit juristischer Beratung“, darauf ausrichten könne.

Als „skandalös“ beurteilen die SPD-Juristen auch den Umstand, daß wochenlang kein Ermittlungsverfahren gegen den Ex-Ministerpräsidenten eingeleitet worden war. Dabei muß die Staatsanwaltschaft nach der Strafprozeßordnung stets einschreiten, „sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte“ für eine Straftat vorliegen.

Diesen „Anfangsverdacht“ haben Strafverfolger aus allen verfügbaren Quellen zu schöpfen, aus Strafanzeigen genauso wie aus der Zeitung. Der Verdacht besteht nach einheitlicher Rechtsprechung und Rechtslehre bereits dann, wenn lediglich eine „geringe Wahrscheinlichkeit“ für Verfehlungen spricht.

Die Vielzahl der von Barschel vorgelegten eidesstattlichen Versicherungen besagte zu keiner Zeit etwas über deren Wahrheitsgehalt. Und das pathetische „Ehrenwort“ des Ministerpräsidenten war, wie die ASJ anmerkt, „juristisch ein Nullum“.

Barschel kommt als Anstifter, Gehilfe oder Mittäter an allen Delikten in Betracht, die sein Pressereferent versucht oder begangen haben mag: falsche Verdächtigung, politische Verleumdung, Verletzung von Dienst- und Privatgeheimnissen, Untreue, Urkundenfälschung, Bruch des Steuergeheimnisses; ferner könnte ein Verdacht wegen Abgabe einer falschen Versicherung an Eides Statt vorliegen.

Die Methode, Barschel über Wochen lediglich als Zeugen zu behandeln, hat nicht nur ihn geschont, sondern automatisch Pfeiffer belastet. Denn alles, was Barschel als möglichen Beteiligten rausreißt, reißt Pfeiffer als dann wahrscheinlichen Alleintäter rein; die Staatsanwaltschaft ist aber gehalten, auch entlastende Umstände zu erforschen.

Überdies, kritisiert Nešković, könnte sich die verspätete Einleitung des Ermittlungsverfahrens gegen Barschel auch nachteilig auf die Beweissicherung ausgewirkt haben: Es sei nicht auszuschließen, „daß zwischenzeitlich Beweismittel vernichtet worden sind“.

Wie auch immer – ob das nun anstehende Ermittlungsverfahren Barschel letztlich nützt oder schadet, wissen weder seine Freunde noch seine Gegner. Als Zeuge hätte der Ex-Ministerpräsi-



Gran-Canaria-Urlauber Barschel*: Rückruf aus Kiel

dent die Wahrheit sagen müssen, nun, als Beschuldigter, darf er schweigen.

Gesetzt den Fall, die jetzt weit verbreiteten Zweifel an der Richtigkeit von Barschels eidesstattlicher Versicherung wären gerechtfertigt, dann ist es womöglich besser, wenn er fortan den Mund hält. Denn mit jedem wahren Wort könnte für Barschel das Risiko wachsen, daß er sich der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung überführt – Höchststrafe: drei Jahre Haft.

In die Klemme manövriert hat sich schon jetzt die schleswig-holsteinische CDU. Zwar hat sie letzte Woche mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Klaus Kribben, 49, einen neuen Ministerpräsidenten-Kandidaten nominiert (siehe Kasten Seite 28). Doch mit einer Mehrheit kann Kribben angesichts des Patts im Parlament kaum rechnen.

* Mit seinem Freund Lechner 1984 im Lechner-Ferienzentrum „Bahía Feliz“.

So richten sich die Christdemokraten darauf ein, daß bis auf weiteres Interims-Regierungschef Henning Schwarz, 59, amtiert. Der hatte gleich nach Barschels Rücktritt durchblicken lassen, daß er an dem Amt durchaus längerfristig Gefallen finden könnte. Dabei hatte Schwarz mit Ablauf der Legislaturperiode seine politische Karriere eigentlich beenden wollen, in deren wechselvollem Verlauf er mal Justizminister, mal Minister für Bundesangelegenheiten und bisweilen auch beides gleichzeitig war.

Der feine Herr, als den ihn die „FAZ“ porträtierte, an dem „die geballte Hamburger Illustriertenmacht weder Fehl noch Tadel finden“ könne, ist indes so unumstritten nicht – nicht einmal unter Parteifreunden.

In seinen Ministerämtern agierte Schwarz, ein Schulfreund Stoltenbergs, so unglücklich, daß ihm oft nicht einmal prominente Gönner mehr helfen konnten. So fiel Schwarz 1975 als amtierender Minister bei der Kandidatenaufstellung zur Landtagswahl gegen einen Hinterbänkler durch. Sein letzter Abgang als Justizminister 1985 war unvermeidlich geworden, nachdem er sich sogar mit den – überwiegend konservativ eingestellten – Richtern des Landes heillos zerstritten hatte.

Auslöser war eine Änderung des Richterwahlgesetzes: Schwarz setzte durch, daß Präsidenten und Vizepräsidenten der Gerichte nicht mehr von einem Richterwahlausschuß gewählt, sondern von der Landesregierung bestimmt werden. Die Richterverbände sprachen von „unverantwortlichem Rückschritt“ und von der „Möglichkeit der politischen Ämterpatronage“.

Daß Schwarz es mit den gesetzlichen Vorschriften über Persönlichkeitsrechte und Datenschutz nicht genau nimmt, erwies sich im Fall Pfeiffer. Während Barschels Ehrenwort-Pressekonferenz verlas der Minister vor laufenden Fernsehkameras ein umfangreiches Dossier über den ehemaligen Medienreferenten. Bis hin zur ungeprüften Wiedergabe telefonischer Anschuldigungen gegen Pfeiffer ließ Schwarz nichts aus, um den Ex-Mitarbeiter als Gesetzesbrecher und Charakterlumpen darzustellen.

In vier zivilrechtlichen Fällen, in denen neben Pfeiffer auch der Verlag des CDU-nahen „Weser Report“ belangt wurde, zitierte Schwarz sogar die Aktenzeichen, bei anderen angeblichen Verfehlungen Pfeiffers beließ er es bei Andeutungen: „Die Landesregierung ver-

fügt über Informationen, wonach gegen Pfeiffer drei Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz anhängig gewesen sind.“ Offenbar war an den Vorwürfen nichts dran. Bezweckt hat Schwarz aber ersichtlich das Gegenteil: Verdächtigungen zu verbreiten. Auch wenn die Beschuldigungen zutreffen, hat der ehemalige Justizminister womöglich gegen Paragraph 203 des Strafgesetzbuches verstoßen, nach dem bestraft wird, „wer unbefugt ein fremdes Geheimnis offenbart, das ihm als Amtsträger bekanntgeworden ist“.

Bei alledem würde ein Interimsministerpräsident Schwarz, der bis 1991 amtierenden könnte, nicht eben das Bemühen der Kieler CDU-Fraktion nach einem „neuen Anfang“ personifizieren. Rasche Neuwahlen, die sauberste Lösung, je-

sen. Die Freidemokraten seien bemüht, kommentierte sarkastisch die „Süddeutsche Zeitung“, in dem von ihnen kritisierten Kieler „Saustall“ schon mal „einen Koben für sich fertigzuzimmern“.

Sozialliberal gestimmte Freidemokraten allerdings irritiert zunehmend, daß sich die Affäre nicht länger auf Barschel begrenzen läßt; die gesamte Kieler CDU-Spitzen garnitur erscheint mehr und mehr als Grusel-Kabinett.

Da amtiert, neben dem merkwürdigen Juristen Schwarz, mit Karl Eduard Claussen auch ein Innenminister mit bizarrer Amtverständnis. Vom Ausschuß befragt, warum er Barschel nicht umgehend über Pfeiffers Wanzenbeschaffungsversuche informiert habe, erklärte der Verfassungsminister, er habe

richten“, „welche schwerwiegenden Zweifel an Barschels Aussagen – ‚alles erstunken und erlogen‘ – bestanden, als er in Kiel demonstrative Solidaritätserklärungen für den damaligen Ministerpräsidenten abgab?“

Barschel machte derweil Urlaub auf Gran Canaria – nicht, wie einige Blätter verbreiteten, im Domizil des Starpianisten Justus Frantz, sondern wieder mal im Haus seines Freundes Rolf Lechner, eines Berliner Baulöwen, dem er gelegentlich in Immobilienangelegenheiten behilflich gewesen war.

Der Ex-Regierungschef will, wie er letzte Woche einem „Bild“-Reporter versicherte, bei seinen bisherigen Angaben bleiben: „Sie entsprechen der Wahrheit.“

Diesmal verzichtete der Ehrenmann darauf, sein Ehrenwort zu geben.

Gegendarstellung

In der Ausgabe des SPIEGEL Nr. 39 vom 21.9.1987 sind in dem Artikel „Watterkantgate: Einer hat beim Beten gelogen“ auf Seite 20 ff. unrichtige Tatsachenbehauptungen über mich aufgestellt worden.

1. Die in dem Artikel aufgestellte Behauptung, ich hätte an Eides Statt beteuert, mich an eine „Weisung des Ministerpräsidenten“ im Zusammenhang mit der von Pfeiffer über mich von dem Personalplanungsreferenten erbetenen Aufstellung über die gesetzlichen Bezüge des Oppositionsführers Engholm, nicht erinnern zu können, ist falsch.

In meiner dem Landgericht Kiel und der Presse, einschließlich des SPIEGEL, übergebenen eidesstattlichen Erklärung vom 17.9.1987 habe ich wörtlich folgendes versichert:

„Eine Weisung seitens des Ministerpräsidenten, eine derartige Aufstellung erstellen zu lassen, habe ich nicht erhalten. Mir ist auch nichts darüber bekannt, daß diese Aufstellung mit Wissen oder Wollen des Ministerpräsidenten gefertigt worden war.“

2. Falsch ist die vom SPIEGEL wiedergegebene Behauptung Pfeiffers, ich hätte Pfeiffer dem Parteifunktionär Thiessen als „zuverlässigen Mann“ im Zusammenhang mit einer gegen Engholm zu erstattenden Strafanzeige benannt. Weiter trifft es nicht zu, mir sei eingefallen, daß auch anonyme Hinweise von Amts wegen überprüft werden müßten. Ich habe mit Herrn Pfeiffer auch niemals über eine mögliche Strafanzeige gegen Engholm, sei es anonym oder durch eine bestimmte Person, gesprochen.

Kiel, den 29. September 1987

Herwig Ahrendsen

Der SPIEGEL ist nach dem Gesetz verpflichtet, eine Gegendarstellung ohne Rücksicht auf die inhaltliche Richtigkeit abzudrucken.

-Red.



„Hallo, Uwe!“

Hamburger Abendblatt

doch lehnt die Union ab – aus machtpolitischen Gründen.

Bevor das Volk erneut zur Wahl gerufen wird, möchten CDU und FDP gern noch das Wahlrecht ändern, unter anderem durch Einführung der Zweitstimme, die wohl den Liberalen zugute käme. Offenbar hoffen die Strategen, daß sich auf diese Weise herbeimanipulieren läßt, was mit Hilfe von kriminellen Tricks nicht gelang: eine christliberale Mehrheit.

Die Wahlrechtsreform läßt sich allerdings nicht auf die schnelle verwirklichen. „Dies und anderes in die Welt zu setzen“, referierte die „FAZ“ letzte Woche Aussagen ungenannter schleswig-holsteinischer CDU-Politiker, „lasse einen neuen Wahltermin vor Weihnachten gar nicht zu.“

Ähnlich sieht es auch die Landes-FDP, die sich am Freitag voriger Woche mit der Union darauf einigte, „in diesem Jahr keine Neuwahlen“ abhalten zu las-

„ganz was anderes zu tun gehabt, als mich um Berichte über Wanzen zu kümmern“.

Da amtiert mit Roger Asmussen ein Finanzminister, der sich fragen lassen muß, warum er nicht schon längst, etwa vor der CDU-Fraktion, Barschel ins Gesicht gesagt hat, daß sein Kenntnisstand den Aussagen des Ministerpräsidenten widerspricht.

Da gibt es eine CDU-Fraktion, in der zwar bald nach der Wahl in interner Sitzung schwere Vorwürfe gegen Barschel laut wurden, die ihm aber dennoch durch ihren Vorsitzenden Kribben das Vertrauen aussprechen ließ.

Und da gibt es vor allem den CDU-Landesvorsitzenden Stoltenberg, der verantwortlich ist für den miesen Wahlkampfstil und die filzige Pöstchenpolitik seiner Partei und der nun ebenfalls ramponiert dasteht. „Wußte der Landesvorsitzende Stoltenberg wirklich nicht“, fragten letzte Woche die „Kieler Nach-